

Handlungsfähiger Staat

FAKTEN UND ARGUMENTE

SPD

Das soziale
Deutschland.



Fotos: Westend61, Joerg Lantelme, Caro / Oberhaeuser, Eisenberger / LOOK-foto



Kurt Beck

SPD-Parteivorsitzender

Unser Land zukunftsfähig machen

„Wir wollen unser Land zukunftsfähig machen“, so heißt es im neuen Hamburger Programm der SPD. Zukunftsfähig wird Deutschland nicht von allein. Wir stehen vor Herausforderungen, die politisches Handeln erfordern.

In den vergangenen Jahren haben sozialdemokratische Reformen die Ausgangslage unseres Landes verbessert. Die Arbeitslosigkeit ist geringer, die Sozialsysteme sind stabiler, die Bildungschancen sind besser, die Wirtschaft wächst stärker und die Staatsfinanzen sind gesünder. Deutschland ist Vorreiter beim Klimaschutz und

nimmt seine internationale Verantwortung für Entwicklung, Sicherheit und Frieden wahr.

Diesen Kurs wollen wir fortsetzen. Weltweit offene Märkte, neue Risiken der Energieversorgung, steigende Anforderungen an qualifizierte Arbeit, an soziale Sicherheit und gesellschaftliche Integration machen uns klar, dass die Politik auch in Zukunft gestalten muss, damit nicht Markt und globaler Wettbewerb allein unser Zusammenleben prägen. Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Erfolg kommen nicht von selbst. Deshalb wollen wir nachhaltiges Wach-

tum fördern, den Märkten faire Regeln geben, die Energiewende vorantreiben, die uns vom Öl unabhängiger macht und die Gefahren der Atomwirtschaft beseitigt, gute Arbeit durch bessere Bildung und verlässliche Sicherheit durch einen vorsorgenden Sozialstaat ermöglichen.

Der Staat ist kein „Auslaufmodell“. Gerade in unserer Zeit tief greifender sozialer und wirtschaftlicher Umbrüche brauchen wir den modernen, demokratischen und nachhaltig handlungsfähigen Staat, um zentrale Zukunftsaufgaben solidarisch zu schultern.



Peer Steinbrück

Bundesfinanzminister, stellvertretender SPD-Parteivorsitzender

Leistungsgerechtigkeit und Steuerehrlichkeit

Unser Land lebt von seinen Leistungsträgern. Das sind die Millionen von Menschen, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten.

Der Staat soll zu solchen Leistungen ermutigen. Engagement und Ehrlichkeit müssen sich lohnen, Betrug – und nichts anderes ist die Steuerhinterziehung einer Gruppe von Spitzenverdienern – ist hart und ohne Mausche-

lei zu ahnden. Es gilt für Unternehmen ebenso wie für Einzelpersonen: Wer Deutschland Erfolg, Gewinn und Vermögen zu verdanken hat, die Institutionen und Infrastrukturen dieses Landes wie selbstverständlich nutzt, der muss auch hier seine Steuern zahlen. Wenn einige Vertreter der so genannten Wirtschaftselite glauben, Steuern zu zahlen sei Sache der kleinen Leute, stellen sie sich über die

Rechtsordnung und gefährden den Kern der sozialen Marktwirtschaft.

Unser Staat muss nach klaren Regeln und mit Augenmaß besteuern. Wir haben deshalb Steuersätze gesenkt, bauen aber zugleich Subventionen und Privilegien ab. Steuerehrlichkeit lohnt sich also. Leistungsbereitschaft zahlt sich aus.

Deutschland hat einen schlanken Staat

Das marktradikale Argument, dass „weniger Staat“ zwangsläufig zu höherem Wachstum und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit führe, ist falsch. Das zeigen nicht nur die Erfahrungen zerfallender Staaten in den Krisenregionen der Welt. Auch sehr erfolgreiche Länder mit vergleichsweise hoher Staatsquote wie in Skandinavien belegen: Ein aktiver und solide finanzierter Staat sorgt nicht nur für Sicherheit, sondern erhöht durch bessere Leistungen bei Bildung, Gesundheit oder durch gezielte Forschungsinvestitionen Wachstum, Wohlstand und Freiheit für alle sozialen Schichten.

Nicht jeder Staat ist ein handlungsfähiger Staat. Nutzlose Bürokratie, autoritäre und willkürliche Staatsmacht, Abschottung gegen technischen Fortschritt und neue Märkte sind keine Antwort auf die wirtschaftliche Globalisierung.

„Mehr Staat“ führt nicht zwangsläufig zu mehr Gerechtigkeit. Entscheidend ist nicht der Umfang staatlicher Tätigkeit, entscheidend ist, wie wirksam die öffentliche Hand Chancengleichheit, Sicherheit und nachhaltiges Wachstum gewährleistet. An diesem Maß-

stab ist die Höhe der Steuern und Abgaben zu bewerten.

Deutschland im internationalen Vergleich

Tatsache ist, dass Deutschland heute im internationalen Vergleich einen schlanken Staat hat, der wichtige Zukunftsaufgaben wahrnimmt.

Haushaltsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen sowie der gesetzlichen Sozialsysteme zum Bruttoinlandsprodukt (BIP): Die Staatsquote ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgefahren worden und liegt mit 44% unter dem Durchschnitt der EU und der Industrieländer.

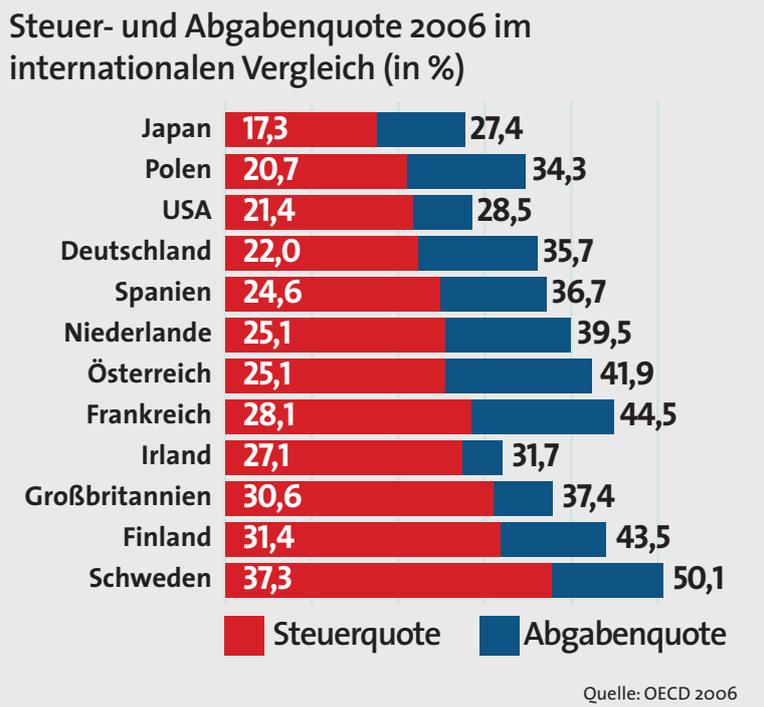
■ Beispiel Staatsquote (Verhältnis der

erhobenen Steuern zum BIP): Sie

liegt 2006 mit 22% fast gleichauf mit den USA und ganz deutlich unter derjenigen Großbritanniens mit über 30%. Damit ist sie so niedrig wie noch nie in der Geschichte Deutschlands.

■ **Beispiel Abgabenquote** (Verhältnis der Summe von Steuern und Sozialabgaben zum BIP): Sie liegt mit 35,7% international im Mittelfeld, allerdings noch immer unter dem Wert Großbritanniens. Insbesondere die Sozialabgaben sind im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung seit 1998 zurückgegangen.

■ **Beispiel Bürokratie:** Der Anteil der Staatsbediensteten an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist in Deutschland zurückgegangen und liegt heute mit 11,7% unter demjenigen der USA mit 15,4 %.



Ein gesunder und leistungsfähiger Haushalt

Ein handlungsfähiger Staat braucht einen leistungsfähigen Haushalt.

Klar ist: Wenn die Wirtschaft kräftig wächst, gelingt die Gesundung der Sozialsysteme und des Staatshaushalts schneller. Das zeigen die vergangenen Jahre: Der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 2,9% in 2006 und voraussichtlich 2,5% in 2007 hat die Wirkung der Arbeitsmarktreformen vergrößert. Hunderttausende von neuen Jobs entlasten den Sozialhaushalt. Milliardenüberschüsse bei der Arbeitslosenversicherung sind die Folge. Wir nutzen diese Überschüsse zur Absicherung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und zur umfassenden Beitragssenkung von 6,5 auf 3,3% ab Januar 2008, die Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen zu Gute kommen. Das Wachstum trägt außerdem zur Stabilisierung der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung bei. Nicht zuletzt ermöglicht es uns, die Neuverschuldung dramatisch zu senken und den Kurs eines ausgeglichenen Bundes-

haushalts bis 2011 anzupfeilen. Nimmt man Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen zusammen, kann Deutschland schon 2007 eine „schwarze Null“ melden.

- Innerhalb von zwei Jahren ist die Neuverschuldung des Bundes halbiert worden: von 31,2 Mrd. Euro (2005) auf 14,4 Mrd. Euro (2007). Sie liegt damit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.
- Die Ausgabenquote (der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt) erreicht mit 11,2 % voraussichtlich bereits 2008 einen historischen Tiefstand.
- Darüber hinaus werden weiterhin

Der Bundeshaushalt 2008
 Von den Gesamtausgaben in Höhe von **283,2 Milliarden Euro** entfallen auf

Arbeit u. Soziales	124,0
Schuldendienst	42,9
Verteidigung	29,5
Verkehr / Bau/ Städte	24,4
Finanzverwaltung	11,0
Bildung/ Forschung	9,4
Familien	6,2
Wirtschaft	6,2

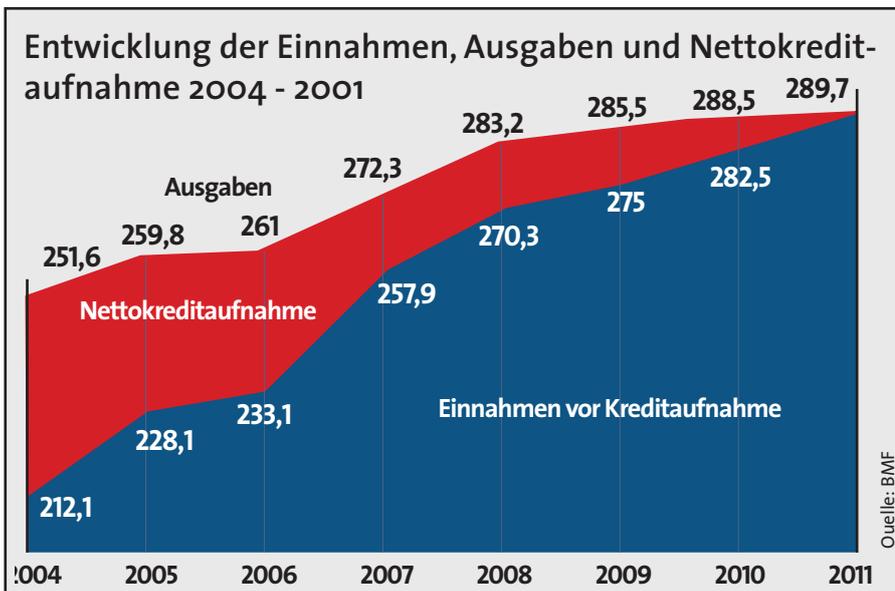
Verbraucher/ Agrar	5,3	Auswärtiges Amt	2,9
Entwicklungshilfe	5,1	Bundeskanzleramt	1,8
Inneres	5,0	Umwelt	0,9
Finanzen	4,7	Bundestag	0,6
Gesundheit	2,9	Justiz	0,5

Quelle: BMF

konsequent Subventionen abgebaut. Die Finanzhilfen des Bundes sinken zwischen 2005 und 2008 von 6,1 Mrd. Euro auf 5,7 Mrd. Euro – ein Rückgang um 7,0 %.

- Bereits 2006 konnte die Defizitgrenze des Maastrichter EU-Vertrages von 3 % des BIP mit 1,6 % deutlich unterschritten werden.

Wichtig für einen zukunftsweisen Haushalt sind die Investitionsausgaben. Sie liegen 2008 bei 24,7 Milliarden Euro und damit rund 700 Millionen Euro über dem letzten Haushalt. Diese Mittel setzt die Bundesregierung für Zukunftsinvestitionen in Forschung und Entwicklung, Bildung und Betreuung, in die Infrastruktur oder das Wachstum der mittelständischen Wirtschaft ein.





Bildung und Betreuung

Familien und Kinder fördern

Deutschland muss auf dem Weg in eine starke Zukunft vor allem zwei Probleme meistern: Die niedrige Geburtenrate, die zu einem langfristigen Bevölkerungsrückgang und damit zu Arbeitskräftemangel führen wird. Und die Tatsache, dass Deutschland ein rohstoffarmes Land ist, dessen wirtschaftliche Stärke vor allem auf einem Vorsprung bei Spitzentechnologien und Dienstleistungen beruht. Daher zählen Investitionen in eine Familienpolitik, die Eltern die Entscheidung für Kinder erleichtert, und Investitionen in die Köpfe der Kinder zu den wichtigsten Aufgaben des Staates.

Das neue Elterngeld

Für das Elterngeld, das Anfang 2007 eingeführt wurde, stellt der Bund jährlich rd. 4 Mrd. Euro bereit – rd. 1 Mrd. Euro mehr als für das bisherige Bundeserziehungsgeld. Das Elterngeld erleichtert

es Eltern, ganz oder teilweise eine Berufspause zu machen und mehr Zeit für ihr Kind zu haben.

Bessere Tagesbetreuung

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz und dem Ganztagsschulprogramm hat die SPD in der letzten Legislaturperiode begonnen, in die Bildung für Kinder und Infrastruktur für Familien zu investieren. Die SPD hat zudem den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur durchgesetzt und ab 2013 den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung in der Ausbauphase bis 2013 mit 4 Mrd. Euro und anschließend an bestimmten Betriebskosten mit jährlich 770 Mio. Euro. Eine Belohnung des Zuhausebleibens in Form des Betreuungsgeldes lehnt die SPD ab – es soll keine finanziellen Anreize geben, Kinder von der frühen Förderung abzuhalten.

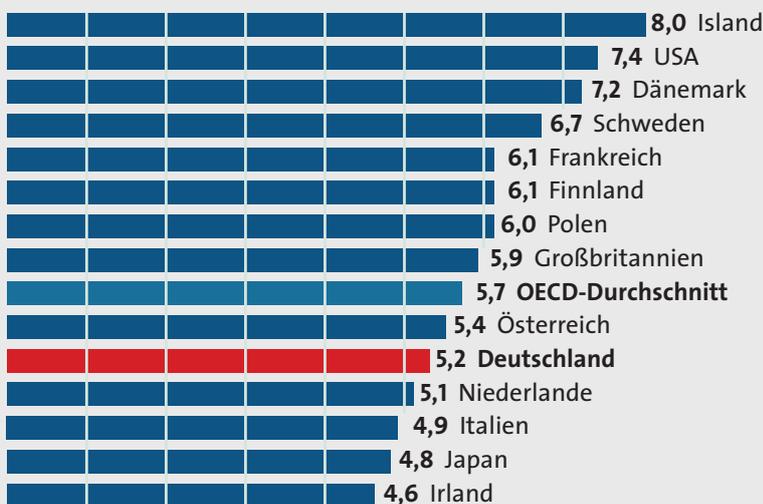
Mehr Ganztagschulen

Mit dem Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“ fördert der Bund von 2003 bis 2009 den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen. Diese ermöglichen den Kindern eine ganztägige Förderung und sinnvolle Beschäftigung und entlasten die Eltern. Von dem Programm haben bis Ende 2007 bundesweit rund 6.500 Schulen profitiert.

Höheres BAföG

Gegen den Widerstand der Union hat die SPD im letzten Jahr durchgesetzt, dass das BAföG zum Wintersemester 2008 ansteigt: Die Bedarfssätze um 10% und die Freibeträge um 8% angehoben. Bund und Länder erhöhen ihre Leistungen damit um 450 Mio. Euro jährlich. 100.000 Studierende (einschl. Fach- und Berufsschüler) kommen zusätzlich in den Genuss der Förderung.

Öffentliche und private Ausgaben für Bildungseinrichtungen in % des Bruttosozialproduktes 2004



Quelle: OECD-Bericht Bildung auf einen Blick 2007

Die weiteren Ziele

- **Mehr Geld für Bildung:** Die SPD will den Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt für die Bildung auf 7% erhöhen. 2004 lag Deutschland laut OECD im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld (s. Grafik).
- **Ein neuer Investitionsbegriff:** Bildungsausgaben sind keine Konsumausgaben, sondern eindeutig Zukunftsinvestitionen. Deshalb steht die SPD für die beitragsfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Studiengebühren sind der falsche Weg.



Forschung und Innovation

Deutschlands Vorsprung sichern

Innovationsförderung zählt zu den wichtigsten Aufgaben staatlicher Haushaltspolitik. Denn nur wenn es Deutschland gelingt, seine technologische Vormachtstellung in den nächsten Jahren zu halten und auszubauen, gibt es gute Chancen den Wettbewerb mit Boomstaaten wie China oder Indien zu bestehen.

Schwerpunkt Forschung & Entwicklung

Rund 2,5% des Bruttoinlandsprodukts entfielen 2005 in Deutschland auf Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Damit investiert Deutschland mehr Geld in Forschung & Entwicklung als die meisten anderen EU-Staaten. Trotz dieser bereits hohen Forschungsintensität will die Bundesregierung mit mehr zukunfts- und technologieorientierten Investitionen weiteres Forschungspotenzial

erschließen. Sie unterstützt die Anstrengungen der Wirtschaft und investiert bis zum Jahre 2009 zusätzliche 6,5 Mrd. Euro in Forschung, Technologie und Innovation.

Hochschulpakt 2020

Bis 2010 werden rund 90.000 zusätzlich Studierende an den deutschen Hochschulen erwartet. Mit dem Hochschulpakt 2020 für die Jahre 2007 bis 2010 stellen Bund und Länder rd. ca. 1,8 Mrd. Euro bereit, um die neuen Aufgaben zu bewältigen: 1,1 Mrd. Euro zur Finanzierung zusätzlicher Studienanfängerplätze und 700 Mio. Euro zur universitären Forschungsförderung.

Exzellenzinitiative

Mit der Exzellenzinitiative fördern Bund und Länder Wissenschaft und Forschung an den deutschen Hoch-

schulen. Mit der Förderung der universitären Spitzenforschung sollen Leuchttürme der Wissenschaft in Deutschland entstehen, die auch international ausstrahlen. Dafür stehen 2008 rd 1,9 Mrd. Euro bereit, 75 % davon trägt der Bund.

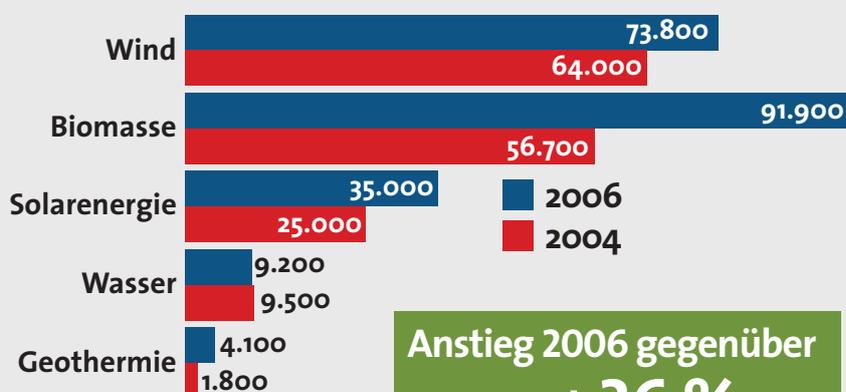
3,3 Milliarden für Klimaschutz

Nicht zuletzt hilft auch das Klimaschutzpaket, das die Bundesregierung im Dezember 2007 beschlossen hat, dabei mit, Deutschland auf einem wichtigen Zukunftsfeld einen Innovationsvorsprung zu verschaffen. Mit den 3,3 Mrd. Euro, die 2008 für Klimaschutzmaßnahmen bereit stehen – 200% mehr als noch 2005 – werden unter anderem innovative Technologien zum effizienten Einsatz von Energie gefördert. Das hilft nicht nur dem Klima, sondern auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland.

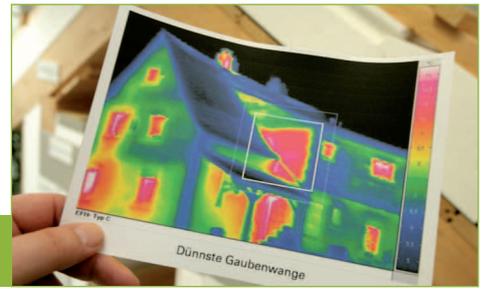
Die weiteren Ziele

■ Wenn auch die Länder und die Wirtschaft ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung entsprechend erhöhen, kann das Ziel der Lissabon-Strategie der EU, bis 2010 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, erreicht werden. Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung ihre Innovationspolitik und somit alle innovationsrelevanten Maßnahmen und die Verbesserung der Rahmenbedingungen übergreifend in der „Hightech-Strategie“ gebündelt.

Beschäftigte im Bereich der erneuerbaren Energien in Deutschland



Anstieg 2006 gegenüber 2004: rd. 36 %



Förderung von Handwerk und Mittelstand

Impulse für Wachstum und neue Arbeit

24,7 Mrd. Euro stehen im Bundeshaushalt 2008 für Investitionen bereit. Ein Großteil dieser Gelder fließt in die Förderung von Mittelstand und Handwerk und in den Ausbau der Infrastruktur. Zum Teil sind die entsprechenden Programme über mehrere Jahre angelegt. So gibt der Bund wichtige Impulse zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen.

Impulsprogramm für Wachstum und Beschäftigung

Mit dem Impulsprogramm für die Periode 2006 bis 2009 stellt der Bund insgesamt 25 Mrd. Euro bereit und setzt damit konkrete Wachstumsimpulse. Die Mittel aus dem Programm fließen in folgende Bereiche:

- 9,3 Mrd. Euro für die Belebung von Mittelstand und Wirtschaft. 5,6 Mrd. fließen hiervon in die energetische Gebäudesanierung. Außerdem

fließen aus diesem Topf Mittel in die Investitionszulage Ost, mit der gezielt die ostdeutsche Wirtschaft gefördert wird.

- 6 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung.
- 2,5 Mrd. Euro für die steuerliche Förderung von privaten Haushalten als Arbeitgeber für haushaltsnahe Dienstleistungen oder Handwerksaufträge
- 4,3 Mrd. Euro für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur
- 3 Mrd. Euro für die Familienförderung (Elternteil)

Investitionen in Gebäudesanierung

Neben den Mitteln aus dem Impulsprogramm (5,6 Mrd. Euro) gibt es weitere zahlreiche Förderprogramme (z. B. zinsverbilligte Darlehen in den KfW-Programmen „Ökologisch Bauen“,

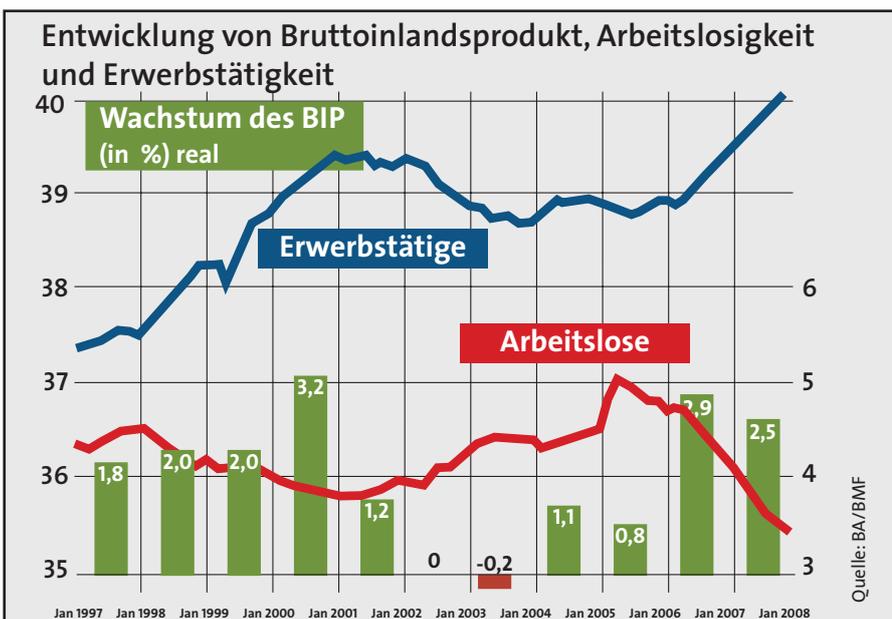
„Wohnraum Modernisieren“), mit denen der Bund energieeffizientes Bauen und Sanieren fördert. Mit diesen Programmen wurden 2006 Investitionen von rd. 12 Mrd. Euro angestoßen. Hier von profitieren insbesondere Handwerk und Bauwirtschaft.

Investitionen in Infrastruktur

Der Bund stellt durchschnittlich 9,2 Mrd. Euro jährlich für den Ausbau und die Sanierung von Straßen, Schienen und Bundeswasserstraßen bereit. 2008 liegt diese Summe sogar bei 9,5 Mrd. Euro.

Steuerliche Verbesserungen

Von der Unternehmensteuerreform (s.S.10), die Anfang 2008 in Kraft getreten ist, und verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen profitieren insbesondere kleine und mittlere Unternehmen.



Die weiteren Ziele

■ Auch für das kommende Jahr wird ein Wachstum von knapp 2 % prognostiziert. Wachstum kommt aber nicht von allein. Wer bei dem wichtigsten Leitmarkt der Zukunft, den Umwelttechnologien, im globalen Wettbewerb die Nase vorne hat, wird die besten Chancen auf mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung haben.

Deswegen verfolgt die SPD eine ökologische Industriepolitik, die Umweltinnovationen für mehr qualitatives Wachstum fördert.



Vorsorgender Sozialstaat

Verlässliche Hilfen zur Selbsthilfe

Eine der wichtigsten Leistungen des Sozialstaates in Deutschland ist es, den Bürgerinnen und Bürgern soziale Sicherheit zu gewährleisten. Das Sozialbudget bildet im Bundeshaushalt den größten Ausgabenblock. Es umfasst 2008 rd. 140 Mrd. Euro und damit 49,7 Prozent der gesamten Bundesausgaben. Bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit und im Alter greifen verlässliche Netze.

Rente

Die gesetzliche Rente bleibt die wichtigste Säule der Altersversorgung, die zur Sicherung des Lebensstandards durch betriebliche und private Vorsorge ergänzt werden kann. Der größte Ausgabenposten des Sozialhaushalts bilden 2008 die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung mit rd. 78,6 Mrd. Euro. Erfreulich ist, dass aufgrund der guten Wirtschafts-

und Lohnentwicklung die Renten 2007 erstmals seit 2003 wieder erhöht wurden und auch 2008 steigen können.

Arbeitsmarktausgaben

Der zweitgrößte Posten sind mit rund 42,6 Mrd. Euro die Arbeitsmarktausgaben. Hiervon entfallen wiederum rd. 35 Mrd. Euro auf die Grundsicherung für erwerbsfähige Arbeitslose (ALG II). Besonders positiv wirkt sich für diesen Ausgabenbereich die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aus. Aufgrund der Einsparungen bei der Bundesagentur für Arbeit und aus Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer konnte deshalb eine deutliche Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 3,3 % durchgesetzt werden. Eine Maßnahme von der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen profitieren.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Trotz Rückgang der Arbeitslosigkeit stellt der Bund weiterhin beträchtliche Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik bereit. Hiervon profitieren vor allem besonders schwer vermittelbare Arbeitsuchende wie Ältere, Jugendliche und Langzeitarbeitslose.

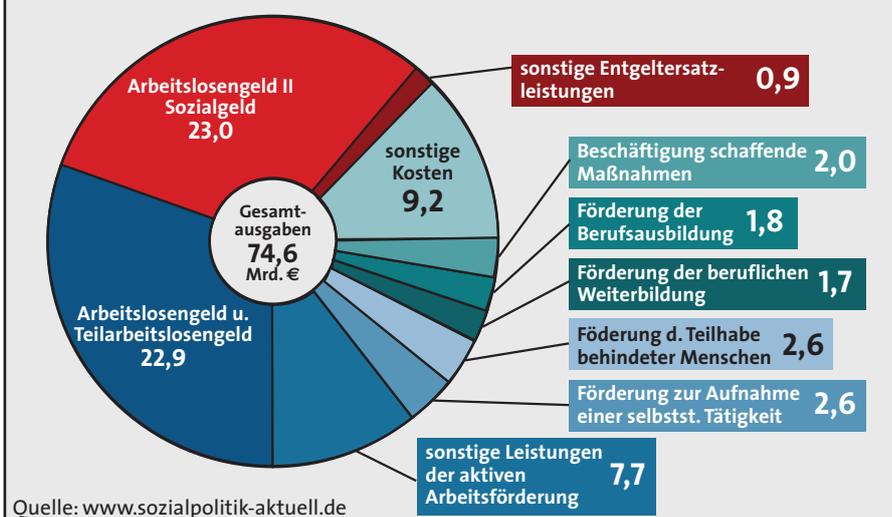
- Die **Initiative 50plus** fördert mit verschiedenen – auch finanziellen – Anreizen die Arbeitsaufnahme älterer Arbeitsloser.
- Für Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit ist 2008 das Programm **Kommunal-Kombi** angelaufen, mit dem rd. 100.000 Arbeitsplätze in Städten und Gemeinden gefördert werden sollen.
- Zuschüsse gibt es ebenfalls für jugendliche Arbeitslose ohne Berufsabschluss mit dem Programm **Einstiegsqualifizierung für Jugendliche**.

Die weiteren Ziele

■ Die SPD strebt eine Arbeitsversicherung an, die berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen absichert sowie Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleistet. Dazu muss ein Recht auf Weiterbildung kommen. So können die Wahlmöglichkeiten erweitert und die Beschäftigungsfähigkeit erhalten werden.

Eine Arbeitsgruppe des SPD-ParteiVorstands wird bis Ende 2008 erste konzeptionelle Vorschläge zur Einrichtung einer Arbeitsversicherung vorlegen.

Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundes für Arbeitsmarktpolitik 2006 in Mrd. Euro



Steuerpolitische Erfolge und Ziele der SPD

Bei vielen ist es schon in Vergessenheit geraten, aber es bleibt eine Tatsache: Die rot-grüne Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in ihrer Regierungszeit 1998 bis 2005 das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik durchgesetzt. Zug um Zug wurden die Steuern für alle Bürgerinnen und Bürger von Gering- bis zum Spitzenverdiener in erheblichem Umfang gesenkt.

Steuerpolitische Erfolge der SPD

- Im Vergleich zum Ausgangspunkt der Steuerreform 1998 zahlen alle rund 59,1 Mrd. Euro pro Jahr weniger.

- Der Einkommenssteuersatz ist auf einen Tiefstand von 15% gesunken.

- Der Grundfreibetrag ist auf 7.664 Euro angehoben worden – so hoch wie noch nie.

- Der Spitzensteuersatz ist auf 42%, der niedrigste Satz seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Nur für absolute Spitzenverdiener gilt seit 2007 ein höherer Satz von 45% (s. S. 10).

- Besonders Geringverdiener profi-

tieren von der Steuerreform. So zahlen 20 % der Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen seit 2005 überhaupt keine Steuern mehr.

Steuerpolitische Ziele der SPD

Vor dem Hintergrund der rot-grünen Steuerreform verfolgt die SPD das Ziel, kleinere und mittlere Einkommen zu entlasten und große Einkünfte gerecht zu besteuern. Es gilt, die Steuereinnahmen des Staates dauerhaft zu sichern, damit Bund, Länder und Kommunen über tragfähige Haushalte verfügen

und somit gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigungsanstieg geschaffen werden können.

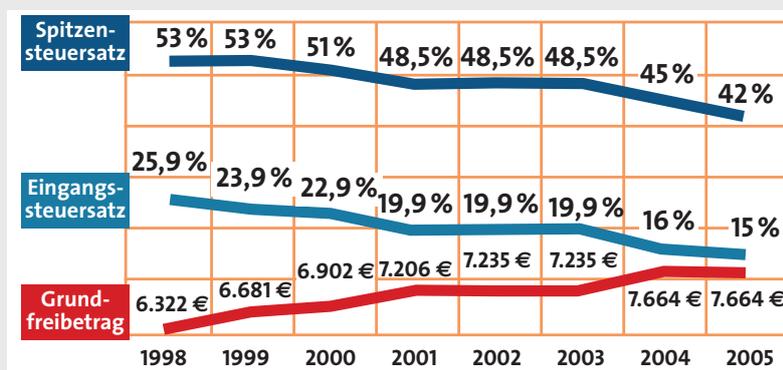
Stabile Steuerbasis – sinkende Sozialabgaben

Die SPD strebt langfristig an, die Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte zu stabilisieren und die Sozialabgaben zu senken. Das trägt zu mehr Gerechtigkeit bei der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben des Sozialstaates bei. Denn sie sollen von allen Bürgerinnen und Bürgern

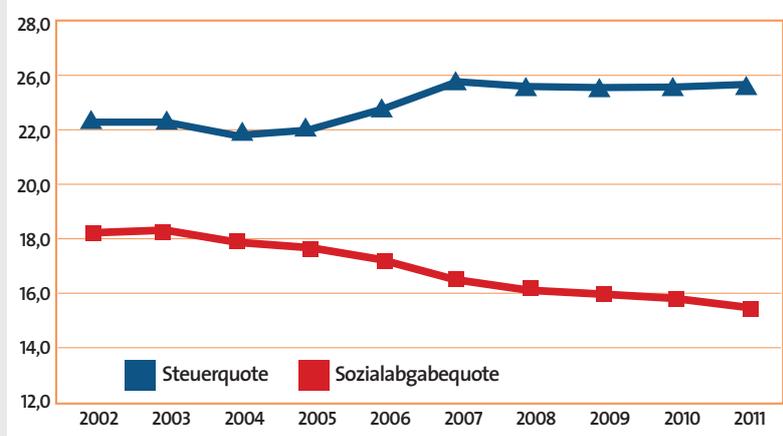
und nicht nur von der Versichertengemeinschaft der sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten bezahlt werden. Außerdem hilft dies, die Abgabenbelastung der Arbeit zu vermindern und neue Beschäftigung zu erleichtern.

Zum 1. Januar 2007 wurde die Mehrwertsteuer um 3 Punkte auf 19% erhöht, zugleich aber die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt. Um einkommensschwache Haushalte zu schonen, wurde der insbesondere für Grundnahrungsmittel geltende ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 % nicht angetastet.

Entwicklung von Steuertarifen und Grundfreibetrag



Entwicklung der Steuereinnahmen und Sozialbeiträge 2002 bis 2011 in % des Bruttoinlandsproduktes



Reichensteuer und Subventionsabbau

Steuergerechtigkeit herstellen

Ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Steuerpolitik ist es, ein hohes Maß an Steuergerechtigkeit herzustellen. Hierzu zählt die Einführung einer „Reichensteuer“ ebenso wie der konsequente Abbau nicht mehr gerechtfertigter Steuersubventionen.

Um Spitzenverdiener stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen, hat die SPD die Einführung einer „Reichensteuer“ durchgesetzt. Ab Anfang 2007 ist die Einkommensteuer ab einem zu versteuern den Einkommen von 250.000 Euro für Ledige (500.000 für Verheiratete) – mit Ausnahme der gewerblichen Einkünfte – um 3 Prozentpunkte auf 45 % erhöht worden. Die Einnahmen

	insgesamt	Bund
2005	29,5 Mrd. €	17,4 Mrd. €
2006	28,1 Mrd. €	17,3 Mrd. €
2007	28,6 Mrd. €	16,6 Mrd. €
2008	26,7 Mrd. €	15,8 Mrd. €

aus der „Reichensteuer“ werden ab 2009 auf bis zu 1,3 Milliarden Euro pro Jahr ansteigen.

Durch Streichung zahlreicher Steuersubventionen hat es die Bundesregierung erreicht, dass die Subventionen des Bundes zwischen 2005 und 2008 insgesamt um 9% auf 15,8 Mrd. Euro

gesenkt werden konnten (s. Grafik). Zu den Subventionen, die gestrichen wurden, zählen die Eigenheimzulage ebenso wie diverse Steuersparmodelle, von denen besonders Spitzenverdiener profitierten.

Mit der Abgeltungssteuer in Höhe von 25%, die 2009 in Kraft tritt, haben wir ein Instrument geschaffen, um Erträge aus Kapitaleinkünften einheitlich und einfach zu besteuern. Veräußerungs- bzw. Spekulationsgewinne müssen in Zukunft immer versteuert werden. Heute ist es noch so, dass Veräußerungsgewinne nach einem Jahr steuerfrei sind. In Zukunft werden 25 % fällig – ohne Möglichkeit, sich zu drücken.

Erbschaftsteuer

Erbschaften gerecht besteuern

Ende 2007 hat sich die Bundesregierung auf ein neues Erbschaftsteuerrecht geeinigt, das für eine gerechte Besteuerung hoher Erbschaften sorgt und garantiert, dass Betriebe im Erbfall entlastet werden, wenn sie weiter bestehen und Arbeitsplätze erhalten.

Bislang wurden im Erbfall Immobilien- und Geldvermögen unterschiedlich bewertet. Nach dem neuen Recht müssen auch Häuser und Grundstücke nach ihrem – viel höheren – tatsächlichen Marktwert bei der Erbschaftsteuer berücksichtigt werden. Dafür steigen die Freibeträge für nahe Verwandte zum Teil erheblich, so dass „Omas Häuschen“ in den meisten Fällen auch in Zukunft

steuerfrei an die Kinder vererbt werden kann. Diese neuen Freibeträge gelten für die Vererbung von privat genutztem Wohneigentum:

Freibeträge	alt	neu
Ehegatte Steuerklasse I	307.000 €	500.000 €
Kinder Steuerklasse I	205.000 €	400.000 €
Enkel Steuerklasse I	51.200 €	200.000 €
Sonstige Erben (Steuerkl. II u. III)	5.200 €- 10.300 €	20.000 €

- Eingetragene Lebenspartnerschaften werden wie Ehepaare behandelt und erhalten ebenfalls einen persönlichen Freibetrag von 500.000 Euro.
- Erben großer Vermögen werden

künftig stärker besteuert. Die Gestaltungsspielräume für Vermögen werden eingeschränkt.

- Bei Betrieben muss im Erbfall zuerst nur auf 15% des Betriebsvermögens Erbschaftsteuer gezahlt werden. Die Steuer auf die restlichen 85% des Betriebsvermögens wird ausgesetzt, wenn das Unternehmen 15 Jahre fortbesteht und die Lohnsumme einen bestimmten Grenzwert nicht unterschreitet, also Arbeitsplätze langfristig im Unternehmen gehalten werden.

Mit der neuen Regelung ist sichergestellt, dass das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer, das in die Länderkassen fließt, auch künftig bei mindestens vier Milliarden Euro liegen wird.

Unternehmensteuer

Standort Deutschland stärken

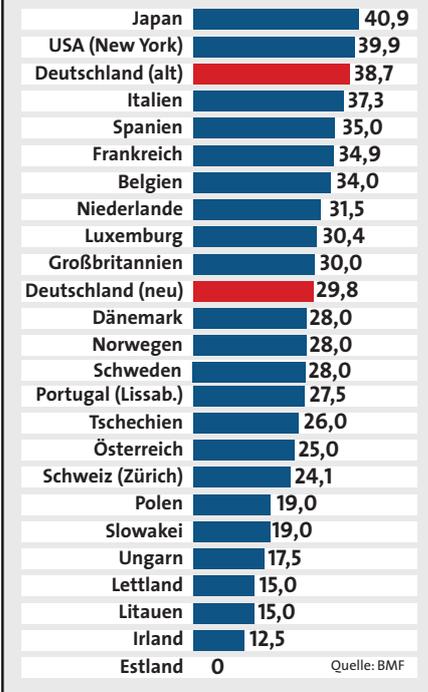
Mit den neuen Regelungen zur Unternehmensteuer, die 2008 in Kraft getreten sind, steigt der Anreiz, in Deutschland zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mit der Reform sinkt die derzeitige durchschnittliche Steuerbelastung von derzeit rd. 39% auf unter 30%. Damit liegt Deutschland im europäischen Mittelfeld und wird international wettbewerbsfähiger.

Dabei geht es nicht um Geschenke für Unternehmen und Unternehmer, sondern darum, die Wettbewerbsfähigkeit des Steuerstandorts Deutschland zu steigern. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Ergebnis, dass derzeit jährlich rund 100 Milliarden Euro in Deutsch-

land erzielter Unternehmensgewinne am deutschen Fiskus vorbei ins Ausland geschleust werden. Mit den neuen Steuersätzen werden sie in großem Umfang wieder hier versteuert, so dass die Einnahmen des Staates nachhaltig steigen werden.

Vor allem mittelständische Betriebe – sie stellen den Hauptteil der Arbeitsplätze in Deutschland – werden durch die sinkenden Steuersätze entlastet. Große Konzerne hingegen, die durch „kreative Buchführung“ Gewinne ins Ausland verschieben und Verluste in Deutschland geltend machen, müssen sich ehrlich machen. Steuervermeidungsmöglichkeiten werden eingeschränkt.

Unternehmensbesteuerung im internationalen Vergleich



Kommunalfinanzen

Städte und Gemeinden auf solider Basis

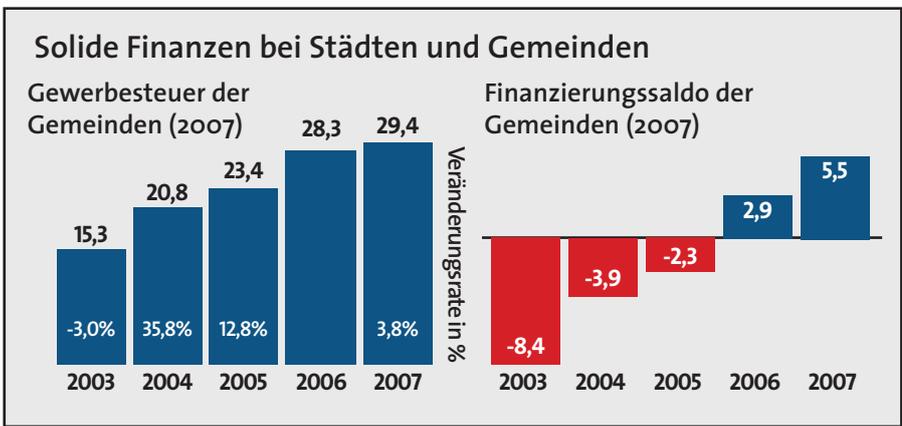
Mit Hilfe zahlreicher Einzelmaßnahmen ist es gelungen, die finanzielle Basis von Städten und Gemeinden zu stärken, so dass diese wieder ihren wesentlichen Aufgaben zur Daseinsfürsorge für alle Bürgerinnen und Bürger nachkommen können.

- Der Bund beteiligt sich an den Kosten für Unterkunft für Arbeitsuchende mit rund 4,3 Mrd. Euro (2007) und entlastet damit deutlich die Kommalkassen.
- Die Gewerbesteuer, die die Union

ganz abschaffen wollte, hat sich in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt und liegt 2007 bei 29,4 Mrd. Euro (s. Grafik).

■ Hieraus ergibt sich, dass sich die Finanzbilanzen der Kommunen insgesamt verbessert haben. 2006 erzielten die Kommunen wieder einen Überschuss von 2,9 Mrd. Euro, 2007 liegt dieser bei 5,5 Mrd. Euro (Schätzung BMF).

■ Eine weitere erfreuliche Tatsache ist, dass die Investitionen der Kommunen wieder steigen. Nach dem Tiefpunkt 2005 (18,6 Mrd. Euro) haben sie sich 2006 auf 19 Mrd. Euro erhöht und liegen 2007 bei 21 Mrd. Euro (Schätzung BMF).



SPD-SHOP

BERATUNG UND VERKAUF



Aktuelles Material zum Deutschland-Dialog

- Infolyer zur Dialogkampagne
Art.-Nr.: 2606680 Preis: 0,10 Euro
- Eindruckplakat A 0
Art.-Nr.: 1100390 Preis: 0,55 Euro
- Eindruckplakat A 1
Art.-Nr.: 1100391 Preis: 0,45 Euro
- Eindruckhandzettel A4
Art.-Nr.: 2700394 Preis: 0,05 Euro
- Briefbogen A4 incl. Kuvert
Art.-Nr.: 2800284 Preis: 0,12 Euro
- T-Shirt
in den Größen M/L/XXL
Preis: 7,90 Euro
- Schlüsselbänder
Art.-Nr.: 4800250 Preis: 1,00 Euro
- Aufkleberbogen A4
Art.-Nr.: 4000200 Preis: 0,40 Euro
- Dialogkarte
Art.-Nr.: 8800016 Preis: 0,08 Euro
- Kugelschreiber
Art.-Nr.: 4800010 Preis: 0,20 Euro



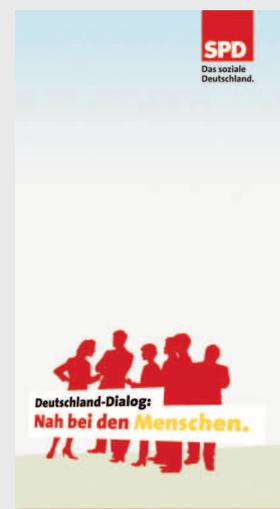
Eindruckplakat



Aufkleberbogen



Briefbogen



Infolyer

Aktuelles Material zum Deutschland-Dialog "Nah bei den Menschen" kann über www.spd-shop.de zu bestellt werden.

Bestell- und Zahlungshinweise:
Die Preise gelten nur für Gliederungen der SPD. Alle anderen Bestellungen sind mehrwertsteuerpflichtig. Für die Teilnahme am Lastschriftverfahren bitte Bankverbindung angeben. Und Kundennummer bitte nicht vergessen.

SPD-Shop
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Tel.: 030/25991-200, Fax: 030/25991-360
E-Mail: vertrieb@spd.de www.spd-shop.de